

Nationaler Kongress, 3. März 2016

## **Fachforum IV „Integration beginnt in der Nachbarschaft“**

**Moderation: Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier**, Vorstandsvorsitzende empirica ag

**In Deutschland eintreffende Asylsuchende werden nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Für die Unterbringung nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung gibt es in den Ländern und Kommunen verschiedene Wege. Das Forum zeigte auf, dass Integration nur dann gelingen kann, wenn neben der Bereitstellung von Wohnraum begleitende Maßnahmen initiiert werden.**

**Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier** erörterte, wo geflüchtete Menschen verglichen mit den stark nachgefragten Ballungsräumen leichter Wohnungen und Arbeit finden können und somit die Rahmenbedingungen für eine soziale und wirtschaftliche Integration gut sind. In vielen Fällen sind dies Klein- und Mittelstädte mit Leerständen und einem relativ guten Arbeitsplatzangebot.

**Dr. Robert Schütte** ist Referent im Stab Flüchtlingspolitik des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Er erläuterte wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen zur Integration von Flüchtlingen aus Sicht des Bundes. Insbesondere ging er auf das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein, das am 1. Oktober 2015 in Kraft getreten ist.

**Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, berichtete über verschiedene Initiativen, die das Land Baden-Württemberg zur Integration von Flüchtlingen ergriffen hat. Es gibt unter anderem eine Plattform zur Vermittlung von Wohnungen an die Kommunen zur Flüchtlingsunterbringung. Vermieter können in diese Datenbank Wohnungen einstellen. Ziel ist es, dass die Asylsuchenden nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung möglichst schnell eine Wohnung finden. Dabei spielt die Zivilgesellschaft als Mittler und Vertrauensbildner eine große Rolle. Daneben gibt es begleitende Maßnahmen, wie z.B. Bürgerdialoge mit Flüchtlingen.

**Dr. Andreas Hollstein**, Bürgermeister der Stadt Altena in Nordrhein-Westfalen, berichtete, dass die Stadt Altena freiwillig über die Schlüsselzuweisung hinaus 100 Flüchtlinge mehr aufgenommen habe. In Altena gibt es viele leer stehende Wohnungen, die die Stadt für Flüchtlinge zur Verfügung stellen kann. Es erfolgt keine konzentrierte Unterbringung, sondern Unterbringung in Einzelwohnungen. Darüber hinaus gibt es in der Stadt „Kümmerer“ (Paten), die die Flüchtlingsfamilien begleiten (z.B. Behördengänge). Die Stadt plant, alte Immobilien, die nicht mehr rentabel herstellbar sind, zu kaufen und gemeinsam mithilfe von Flüchtlingen zu renovieren. Die Renovierungsarbeiten sollen mit Arbeitspraktika kombiniert werden. Ziel ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

**Marion Schmitz-Stadtfeld** ist Leiterin der Koordinierungsstelle Integrierte Flüchtlingsansiedlung der Nassauischen Heimstätte. Das Unternehmen hat eine Koordinierungsstelle „Inte-

grierte Flüchtlingsansiedlungen“ eingerichtet, die zeigt wie man kurzfristig Wohnraum für Flüchtlinge schaffen und sie in gewachsene Nachbarschaften integrieren kann. Anstelle von Container-Lösungen werden kleine Häuser in modularer Bauweise angeboten.

Ergebnis der **Diskussion** war, dass es wichtig ist, anerkannte Asylbewerber dort unterzubringen, wo die Rahmenbedingungen für eine soziale und wirtschaftliche Integration gut sind. Die Integration kann allerdings nur gelingen, wenn neben einem Angebot an Wohnungen begleitende Maßnahmen initiiert werden. Im Forum IV wurden Beispiele vorgestellt, die andere Bundesländer, Kommunen und auch die Wohnungswirtschaft übernehmen können. Eine zentrale Aufgabe wird es sein, Erfahrungen auszutauschen und dafür ein geeignetes Format zu finden.